

# **Resolution zuhanden der Jahresdelegiertenversammlung der SP Stadt Zürich am 28.06.2018**

*Eingereicht von der JUSO Stadt Zürich*

Die Stadt Zürich hat seit dem Wahlsieg am 4. März 2018 eine linke Mehrheit in Parlament und Regierung. Endlich können linke Projekte umgesetzt werden, ohne dass die Bürgerlichen diese blockieren. Im Zentrum stehen somit nicht mehr Privatisierungsforderungen der Stadtspitäler, Blockaden in der Verkehrspolitik sowie die Bevorzugung von Mobimo und Co. auf dem Wohnungsmarkt.

Die linke Mehrheit ist nun gefragt. Wir müssen visionäre Projekte vorantreiben, unsere Wahlversprechen umsetzen und dadurch sicherstellen, dass diese Stadt eine Stadt für alle wird. Die JUSO Stadt Zürich legt der Jahresdelegiertenversammlung sieben Forderungen vor, welche als Ziele für die nächsten 4 Jahre dienen sollen.

## **1. Ausländer\*innenstimmrecht**

Rund 137'500 Ausländer\*innen leben in der Stadt Zürich und machen einen Drittel unserer Bevölkerung aus. Diese Menschen prägen und gestalten unsere Stadt mit. Nichtsdestotrotz wird diesem Drittel das Stimm- und Wahlrecht verwehrt. Wir sind der Meinung, dass alle Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch mitbestimmen sollen. Die Stadt Zürich soll sich deshalb für die Einführung eines Ausländer\*innenstimmrechts stark machen und ermöglichen, dass alle Menschen dieser Stadt gehört werden.

## **2. Ticketsystem bei Personenkontrollen**

«Racial Profiling» ist auch in der Stadt Zürich Realität. Polizeiliche Personenkontrollen werden häufig unter fadenscheinigen Begründungen vorgenommen, kontrollierte Personen können sich nur schwer dagegen wehren. Um diese Praxis zu entlarven und Menschen mit Migrationshintergrund davor zu schützen, eignet sich ein Ticketsystem. Jede kontrollierte Person soll von der Stadtpolizei eine Quittung mit Ort, Zeit und Grund der Polizeikontrolle erhalten. Damit kann bei einer Häufung der polizeilichen Kontrollen voreingenommenes Verhalten und Diskriminierung nachgewiesen werden. Die Kontrollierten erhalten stichhaltige Beweise und "Racial Profiling" wird messbar. Wir fordern die Einführung eines Ticketsystems bei Personenkontrollen.

## **3. Städtische Gymnasiums- und Berufsschulvorbereitungen**

Von den am Zürichberg wohnhaften Jugendlichen schafften letztes Jahr rund 42% den Übertritt in das Gymnasium. In Schwamendingen hingegen waren es nur 8%. Ebenso gibt es Unterschiede bei den Berufsschulen. Um die Chancengleichheit sicherzustellen, fordern wir eine einheitliche Vorbereitung für Gymnasien und Berufsschulen an allen Stadtzürcher Schulen.

#### **4. Konsumfreies Jugendzentrum**

Freiräume und Orte ohne Konsumzwang in Zürich sind rar. Gerade junge Menschen leiden unter diesen einschränkenden Umständen. Deshalb fordern wir ein städtisches Jugendzentrum. Dieses soll einer Jugendorganisation frei zur Verfügung stehen und nach den Bedürfnissen der Jugendlichen gestaltet werden. Dadurch wird ein Raum geschaffen, welcher jungen Zürcher\*innen zur freien Nutzung und zum sozialen Austausch zur Verfügung steht.

#### **5. Vorkaufsrecht für die Stadt**

Die Stadt Zürich besitzt zwar 57% des Bodens innerhalb der Gemeindegrenzen, davon sind aber nur 1% mit (zahlbaren) Wohnungen bebaut, weil der Rest grösstenteils von Wald und Verkehrsflächen bedeckt ist. Durch ein Vorkaufsrecht kann dafür gesorgt werden, dass die Stadt Zürich aktiv Boden aufkauft, preisgünstigen Wohnraum schafft und die Zielsetzung von 1/3 bezahlbarem Wohnraum verwirklicht. Das Vorkaufsrecht ermächtigt den Stadtrat konkurrenzfähig mit Mobimo und Co. zu werden. Die SP setzt sich bei den zuständigen Behörden für ein Vorkaufsrecht ein und die Stadt Zürich nutzt dieses, wo es möglich und sinnvoll ist.

#### **6. Städtisches Gesundheitswesen für alle**

Die Bürgerlichen fordern aufgrund der zunehmenden Gesundheitskosten den gewinnbringenden Betrieb der Stadtspitäler. Langfristig würde dies zu einer Teilprivatisierung unserer Stadtspitäler Triemli und Waidspital führen. Die Linke muss sich dezidiert gegen ein gewinnorientiertes Gesundheitswesen einsetzen. Stadtspitäler ermöglichen eine qualitativ hochstehende Behandlung aller Menschen. Private hingegen stehen unter enormem Profitzwang und bevorzugen dadurch Menschen mit hohem Einkommen; also halbprivate oder private Patient\*innen. Wir sind der Meinung, dass der Zugang zu Gesundheitsdiensten ein Grundrecht für alle darstellt. Im Zentrum soll die Pflege der Patient\*innen sowie ein gut ausgebildetes sowie entschädigtes Pflegepersonal stehen. Wir fordern deshalb, dass die Stadtspitäler weder teilprivatisiert noch privatisiert werden.

#### **7. 50% Frauen\*quote in Parlament und Regierung**

Weniger als ein Drittel der Sitze im Gemeinderat wird aktuell von Frauen\* besetzt. Die Hälfte der Bevölkerung besteht jedoch aus Frauen\*. Eine angemessene Repräsentation in Parlament und Regierung soll der strukturellen Unterdrückung von Frauen\* entgegenwirken. Wir fordern dementsprechend eine Frauen\*quote von 50% im Gemeinde- und Stadtrat.